

Die Erforschung der Zwangsarbeit in der Pfalz am Beispiel der Städte Ludwigshafen und Frankenthal

Probleme, Erfahrungen und erste Ergebnisse



Reichsautobahnlager
Frankenthal-Mörsch, in
dem später Zwangsarbeiter
untergebracht waren [Bild:
Stadtarchiv Frankenthal]

Der von hohem Medieninteresse begleitete internationale Verhandlungs marathon der Jahre 1998 bis 2001, der zur Entschädigung von mehr als einer Million überlebenden NS-Zwangsarbeitern führte, hat in zahlreichen pfälzischen Städten und Gemeinden neue Anstöße zur historischen Erkundung einer lange Zeit verdrängten und tabuisierten Thematik gegeben.[Anm. 1] Teilweise mit großem Eifer betrieben, fanden entsprechende örtliche Forschungen zur Zwangsarbeit von Ausländern in der NS-Zeit durch die Berichterstattung in der Lokalpresse zwar häufig ein lautstarkes Medienecho, blieben jedoch aufgrund nur oberflächlichen Erkenntnisinteresses oder wegen des Scheiterns der Recherchen an vielfältigen sehr rasch zu Tage tretenden Schwierigkeiten und Widerständen nicht selten in den Ansätzen stecken. Zum Teil konzentrierte sich das Interesse der recherchierenden Archivare und engagierten Laien auch von Anfang an ausschließlich auf die Beschaffung von Aufenthalts- und Arbeitsnachweisen für die Entschädigungsberechtigten bzw. die Weiterleitung oder Veröffentlichung von Zwangsarbeiter-Namenlisten.[Anm. 2] Andererseits hat die Anschubwirkung, die von der öffentlichen Zwangsarbeiterdebatte ausging, in einigen Kommunen auch im wissenschaftlichen Bereich Aktivitäten ausgelöst, die bereits eine Reihe von greifbaren Resultaten hervorgebracht haben. So liegen inzwischen erste Forschungsergebnisse zur Zwangsarbeit in den Städten Landau[Anm. 3], Kaiserslautern[Anm. 4] und Speyer[Anm. 5] vor. Forschungsinitiativen unterschiedlicher Art gab es beziehungsweise gibt es darüber hinaus in Zweibrücken[Anm. 6] sowie in Frankenthal[Anm. 7] und Ludwigshafen.

Das Ludwigshafener Forschungsprojekt



Abtransport von
vermutlich sowjetischen
Zwangsarbeitern nach
Deutschland, 1942/43[Bild:
Stadtarchiv Ludwigshafen]

Bereits in einer frühen Phase der Entschädigungsdiskussion fasste die Stadt Ludwigshafen im Frühjahr 1999 als erste Stadt in Rheinland-Pfalz den Beschluss, die Geschichte der Zwangsarbeit in den Verwaltungsgrenzen des Stadtbezirks während des Zweiten Weltkriegs durch eine systematische Untersuchung wissenschaftlich erforschen zu lassen.[Anm. 8] Geschehen sollte dies im Rahmen eines vom Stadtarchiv betreuten Forschungsvorhabens, das zwar nicht als Großprojekt konzipiert war, sondern als Ein-Mann-Unternehmen und – gemessen an der historischen Bedeutung des zu untersuchenden wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Phänomens – nur über einen begrenzten finanziellen Förderungsrahmen verfügte. Allein die Bewilligung des Projektes stellte aber für den Kenner der örtlichen Verhältnisse im Hinblick auf die von den verantwortlichen Interessengruppen und Entscheidungsträgern über Jahrzehnte hinweg vor Ort praktizierte Bewältigungsstrategie, die darauf hinauslief, diese konfliktträchtige Thematik völlig unangetastet zu lassen, keineswegs einen selbstverständlichen politischen Schritt dar. [Anm. 9]

Anmerkungen zum Stellenwert des IG-Farben-Komplexes für das Forschungsprojekt

Der Industriestandort Ludwigshafen bildete während des Zweiten Weltkriegs eine bedeutende Rüstungsmetropole mit Produktionsschwerpunkten auf dem Chemie- und Metallsektor. Das wichtigste Großunternehmen am Standort, der Chemiekonzern BASF (Badische Anilin- und Soda-Fabrik), war seit der Fusion der größten deutschen Chemieunternehmen im Jahr 1925 zur IG Farbenindustrie einem mächtigen und einflussreichen Konzern angegliedert, dessen wirtschaftliches Expansionsstreben auf unheilvolle Weise an die aggressive Politik der Reichsregierung gekoppelt war und dessen Name mit einem düsteren Kapitel der deutschen Geschichte eng verflochten ist.[Anm. 10] Für viele steht die Bezeichnung IG Farben geradezu als Synonym für die Zwangsarbeiter-Politik des NS-Regimes, für die Versklavung und Tötung von Zivilpersonen, von Kriegsgefangenen und KZ-Insassen. Im IG-Werk Auschwitz fielen während des Krieges mehr als 25.000 Sklavenarbeiter den dort herrschenden entsetzlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Opfer. Der IG-Konzern und seine Oberrheingruppe spielten auch eine Rolle bei der Belieferung mit dem Gift, das in Auschwitz zur Ermordung von KZ-Häftlingen eingesetzt wurde.[Anm. 11]

Die unsäglichen Verhältnisse im Werk Auschwitz – auf die hier nicht näher eingegangen werden kann[Anm. 12] – bildeten einen der Hauptanklagepunkte im Nürnberger IG Farben-Prozess, in dem ein amerikanisches Gericht 1948 gegen 13 Angeklagte Haftstrafen bis zu sechs Jahren verhängte. Neben Auschwitz und anderen Anklagepunkten kam im Nürnberger IG Farben-Prozess auch die Behandlung der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen in den IG-Werken Ludwigshafen und Ludwigshafen-Oppau zur Sprache. Die Verteidiger des Ludwigshafener Werksleiters Carl Wurster nutzten die Beweisnöte der Ankläger in diesem Punkt und priesen in den höchsten Tönen „das menschlich schöne und natürliche

Verhältnis“[Anm. 13], das sich während des Krieges zwischen dem Werk Ludwigshafen-Oppau und seinen ausländischen Arbeitskräften entwickelt habe. Sie legten dem Gericht Bilddokumente vor, „um den Geist echter und warmer Menschlichkeit zu beweisen, der in Ludwigshafen-Oppau auch die Behandlung der Ostarbeiter beherrschte,“ und stellten die Behauptung auf, dass „der ganz überwiegende Teil der während des Krieges in Ludwigshafen beschäftigten Ausländer“ – einschließlich der Ostarbeiter – „freiwillige Arbeitskräfte“ dargestellt hätten.[Anm. 14] Als Wurster am 29. Juli 1948 tatsächlich in Nürnberg in allen Anklagepunkten – Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – freigesprochen wurde, schien das Urteil – immerhin vom Gericht einer Siegermacht gefällt – in den Augen vieler Deutscher die Darstellung der Verteidigung zu bestätigen. Vom Freispruch Wursters ging eine Signalwirkung aus, welche die Ausprägung von beschönigenden Sichtweisen und harmonisierenden Interpretationen des historischen Geschehens begünstigte, wie sie auch heute vor Ort noch im Meinungsbild lebendig sind. Risse hat das Bild von der Normalität und Legitimität der Ausländerbeschäftigung in den Ludwigshafener IG-Werken in jüngerer Zeit durch Hermann Morweiser erhalten, der die Diskussion um die Zwangsarbeit im Jahr 1988 durch die Vorlage neuen Quellenmaterials – eines authentischen Ostarbeiter-Strafbuchs der IG Farben Ludwigshafen-Oppau – wieder belebte.[Anm. 15]

Aus den hier zu Tage tretenden Forschungsdefiziten leitete sich eines der wesentlichen Ziele des Forschungsprojektes her: Jenen Teil des IG Farben-Prozesses, der die Verhältnisse in den Ludwigshafener Werken selbst behandelte, – bildlich gesprochen - noch einmal neu aufzurollen und dem bestehenden Aufklärungsbedarf in Sachen IG Farben Rechnung zu tragen durch eine Neubewertung der damals im Prozess vorgelegten Beweismittel auf der Grundlage des heutigen Standes der Zwangsarbeiterforschung, aber auch durch die Hinzuziehung neuer, damals unberücksichtigter Quellen. Aus wissenschaftlicher Sicht stellte schon die Beschäftigung mit dieser umfassenden Thematik eine besondere Herausforderung dar. Dennoch sollte von Anfang an die Untersuchung der Zwangsbeschäftigung bei den übrigen Arbeitgebern im Stadtbezirk, darunter der Stadtverwaltung, keineswegs hinter dem IG Farben-Komplex zurückstehen – gewiss keine leicht zu bewältigende Aufgabe, wenn man in Betracht zieht, dass das Firmenhandbuch Gau Westmark und Nordbaden im Jahr 1941 für den Stadtbezirk die stattliche Zahl von 678 potentiellen Arbeitgebern ausweist.[Anm. 16]

Inzwischen stehen die Arbeiten an der Dokumentation vor dem vorläufigen Abschluss. Eine synoptische Zusammenfassung der wesentlichsten Forschungsergebnisse erscheint allerdings an dieser Stelle und zum gegenwärtigen Zeitpunkt als verfrüht. Die nachfolgenden Ausführungen nehmen vielmehr eine Mittelstellung ein zwischen Werkstatt- oder Erfahrungsbericht einerseits und Ergebnisbericht andererseits. Mit der Thematisierung der Quellenfrage greifen sie in ausschnitthafter Form eine für die Forschung wie auch für die Beschaffung von Arbeitsnachweisen für die ehemaligen Zwangsarbeiter zentrale Problemstellung auf. Darauf hinaus werden in Form eines Kurzüberblicks über einen Kernbereich der Dokumentation, nämlich das grundlegende Basiszahlen- und Datenmaterial zur

Entwicklung des Ausländereinsatzes im Stadtbezirk, auch wesentliche Forschungsergebnisse inhaltlicher Art zu einem ausgewählten Untersuchungsbereich vorgestellt.

Quellenlage

Dass bei Lokalstudien zur Zwangsarbeit häufig die mangelhafte Quellenlage und die Unzugänglichkeit des noch mancherorts schlummernden Quellenmaterials ein gravierendes Forschungsproblem bedeuten, ist keine neue wissenschaftliche Erkenntnis.[Anm. 17]

Freilich hat erst die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Entschädigungsfrage systematisch betriebene Suche nach Archivunterlagen über die Zwangsarbeiterbeschäftigung einem breiteren Kreis von Historikern und Archivaren bewusst gemacht, dass die Schwierigkeiten mit den Quellen zur Zwangsarbeit „kein Sonder-, vielmehr der Normalfall“[Anm. 18] zu sein scheinen. Die angesichts dieser Sachlage schon vor Beginn der Quellenarbeiten gehegte Befürchtung, dass Ludwigshafen hierin keine Ausnahme bilden würde, sollte sich im Verlaufe der Archivrecherchen sehr bald bestätigen.

Benutzte Quellen



Fremdarbeiter bei Giulini,
1942[Bild: Stadtarchiv
Ludwigshafen]

Um das Thema trotz des Quellenmangels in angemessener Form behandeln zu können, war es deshalb unverzichtbar, die Nachforschungen auf einen vergleichsweise großen Kreis von Archiven auszudehnen. Insgesamt wurden mehr als zwanzig kommunale, staatliche, kirchliche, betriebliche und private Archive aufgesucht. Gleichwohl konzentrierten sich allerdings innerhalb des damit abgesteckten Forschungsrahmens die Quellenrecherchen – auch aufgrund der zu beachtenden Projektvorgaben – hauptsächlich auf drei Überlieferungsorte: Das Stadtarchiv Ludwigshafen, das BASF-Unternehmensarchiv in Ludwigshafen sowie das Landesarchiv Speyer. Die Überlieferungssituation in diesen drei Archiven lässt sich wie folgt charakterisieren:

Das im Stadtarchiv Ludwigshafen überlieferte einschlägige Aktenmaterial zum Arbeitseinsatz von Ausländern scheint sich auf den ersten Blick in etwa einer Handvoll lücken-, größtenteils sogar nur splitterhafter Sachakten zu erschöpfen, die vorwiegend die von der Stadt beschäftigten Ostarbeiter und Kriegsgefangenen sowie Probleme bei der Verwaltung und Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte betreffen.[Anm. 19] Je länger die Nachforschungen im Stadtarchiv betrieben wurden, umso mehr festigte sich freilich der Eindruck, dass die Zwangsarbeit daneben in einer Vielzahl von weiteren Unterlagen ihre quellenmäßigen Spuren in Form von zumeist winzigen Überlieferungssplittern

hinterlassen hat. Um diese kleineren Fundstellen in ihrer Gesamtheit zu erfassen, hätte man aber praktisch die gesamte Schriftgutüberlieferung aus der Kriegs- und Nachkriegszeit durchsehen müssen. Eine vergleichsweise dichte, freilich nur unter großem Zeitaufwand erschließbare Überlieferung zur Zwangsarbeit weist das Stadtarchiv Ludwigshafen insbesondere für drei Sachgruppen bzw. Themenfelder auf: Für die Dokumentation der Praxis der Krankenversorgung liegt eine Ausländerkartei des städtischen Krankenhauses aus dem Jahr 1944 mit den Namen und Behandlungsdaten von etwa 2.800 ausländischen Patienten vor,[Anm. 20] für den Sachbereich Luftkrieg eine umfangreiche Serie von Schadensberichten der örtlichen Luftschutzleitung,[Anm. 21] und für das Begräbniswesen steht unter anderem eine nahezu vollständige Überlieferung des städtischen Friedhofsamtes mit Bestattungsanträgen für ausländische Verstorbene zur Verfügung.[Anm. 22] Als vierte Gruppe wären in diesen Quellenzusammenhang im Grunde noch die standesamtlichen Unterlagen einzureihen. Die Überprüfung der beim Standesamt Ludwigshafen liegenden Geburts-, Heirats- und Sterberegister wurde jedoch aus personenstandsrechtlichen Gründen untersagt.

Wie vermutlich in einer Vielzahl von deutschen Archiven förderte die systematische Suche nach Quellen zur Zwangsarbeit auch in Ludwigshafen neues Material zu Tage, von dessen Existenz zuvor offenbar niemand etwas wusste. Ein besonders wertvoller und in seiner quantitativen Dimension überraschender Quellenfund wurde leider erst in einem sehr späten Arbeitsstadium in den Diensträumen einer städtischen Behörde gemacht: Entdeckt wurde bei dieser Dienststelle eine Personenkartei des städtischen Versicherungsamtes aus den Jahren 1944-1945 mit den Namen von mehr als 12.000 ausländischen Beschäftigten, die bei den verschiedensten Arbeitgebern in Ludwigshafen in Beschäftigung standen. Gezogene Stichproben ließen darauf schließen, dass in der Kartei allein ca. 3.000-4.000 in Ludwigshafen beschäftigte Ostarbeiter erfasst sein dürften – ein Fund, der sich in der Folgezeit als äußerst wertvoll im Hinblick auf die Ausstellung von Arbeits-Bescheinigungen für ehemalige Zwangsarbeiter erweisen sollte.

Während der Arbeiten an der Dokumentation gelangte zudem mit dem Nachlass des Rechtsanwaltes Friedrich Wilhelm Wagner, der Wurster im Nürnberger IG Farben-Prozess mit Erfolg verteidigt hatte, neues, bislang unausgewertetes – und wiederum noch unverzeichnetes – Quellenmaterial zur Zwangsarbeit ins Stadtarchiv.[Anm. 23]

Das Landesarchiv Speyer verwahrt in einer Vielzahl von Beständen Quellenmaterial über Zwangsarbeiter, häufig jedoch ähnlich wie im Stadtarchiv Ludwigshafen nur in bruchstückhafter Form. An eine vollständige Durchsicht aller in Frage kommenden Bestände war unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zu denken. Zur Auswertung herangezogen wurden im Landesarchiv in erster Linie die dort aufbewahrten Polizei- und Justizbestände. Es handelt sich dabei einerseits um die Akten der Gestapostelle Neustadt,[Anm. 24] einschließlich der darin enthaltenen Überlieferung der Gestapoaußendienststelle Ludwigshafen, sowie die vollständig erhaltenen Haupt-Gefangenenaufnahmen des Amtsgerichtsgefängnisses Ludwigshafen[Anm. 25] und der Haftanstalt Frankenthal[Anm. 26]. Weiteres Material zur Zwangsarbeit bieten im Landesarchiv neben diesen herausragenden Quellengruppen u.a.

die Überlieferung der Bezirksregierung in Neustadt[Anm. 27] sowie die der pfälzischen Landratsämter[Anm. 28], die Restbestände der pfälzischen Arbeitsämter[Anm. 29], darunter die des Arbeitsamts Ludwigshafen[Anm. 30], der Gesundheitsämter[Anm. 31], die Akten des Baubevollmächtigten der Rüstungsinspektion (-kommission) XII beim Reichsministerium Speer[Anm. 32] sowie die Entnazifizierungsakten[Anm. 33].

Unüberwindliche Schwierigkeiten traten im Landesarchiv beim Versuch auf, in hier deponiertes Schriftgut Einblick zu nehmen, für dessen Benutzung aufgrund rechtsverbindlicher Benutzungsbestimmungen eine Genehmigung von dritter Seite einzuholen ist, wie der Bestand Gewerbeaufsichtsamt Speyer,[Anm. 34] der nur mit einer Sondererlaubnis der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt eingesehen werden darf. Leider musste auch die Auswertung des im Landesarchiv Speyer deponierten weitgehend intakten Firmenarchivs der Walzmühle Ludwigshafen[Anm. 35] unterbleiben, da die Firmeneigentümer die Erlaubnis zur Einsichtnahme verweigerten.

Erfreulicherweise durften dagegen die im Unternehmensarchiv der BASF Ludwigshafen verwahrten Unterlagen zur Zwangsarbeit von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen in den IG Farbenwerken Ludwigshafen und Ludwigshafen-Oppau ohne Einschränkungen benutzt werden.[Anm. 36] Allerdings hat das BASF-Archiv hierzu insgesamt weitaus weniger Quellenmaterial in Verwahrung, als man vielleicht erwartet hätte. Der Hauptfundus besteht hier zunächst aus zwei Aktenordnern, in denen zu diesem Betreff scheinbar unzusammenhängendes Splittermaterial vereint wurde[Anm. 37], das jedoch, im Licht der in anderen Archiven gesammelten Informationen betrachtet, durchaus einige Erkenntnismöglichkeiten bietet. Über Tausende von Seiten verstreute Einzelinformationen zur Zwangsarbeit in den Ludwigshafener IG Farbenwerken enthält die im BASF-Archiv gelagerte regalfüllende Überlieferung zum Nürnberger IG Farben-Prozess. Herangezogen wurden im BASF-Archiv ferner die allerdings unvollständigen Protokollsammlungen über die Direktionssitzungen und die technischen Direktionsbesprechungen der IG Farben Ludwigshafen[Anm. 38], die zeitgenössischen Arbeiterpersonalstatistiken,[Anm. 39] die außerordentlich umfangreiche Materialsammlung über die Luftkriegsschäden in den beiden IG-Werken[Anm. 40] sowie in der biographischen Abteilung verwahrte Manuskripte von Firmenmitarbeitern.[Anm. 41]

War die Dokumentation ursprünglich als reine Archivarbeit geplant, so führte die Analyse der Quellenlage in den benutzten Archiven zu dem Ergebnis, dass eine Rekonstruktion der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit des Ausländer Einsatzes im Stadtkreis – gerade unter qualitativen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Opferperspektive - nur dann möglich sein würde, wenn auch Ersatzüberlieferung in Form von Zeitzeugenberichten in die Dokumentation gewinnbringend eingebracht werden konnte. Andererseits waren die Archivrecherchen trotz aller Unzulänglichkeiten der Aktenüberlieferung doch in einem besonders wichtigen Punkt von Erfolg gekrönt: Zu einigen für die Dokumentation der Lebenswirklichkeit der Zwangsarbeiter wichtigen Teilbereichen stand am Abschluss der Recherchen recht dichtes Quellenmaterial – in Form von Personenkarteien, seriellen Berichten,

Gefangenenebüchern etc. – zur Verfügung, das ein nützliches Fundament für quantifizierende Erschließungsstrategien bildete. Damit bot sich die Gelegenheit einer zumindest partiellen Annäherung an den Komplex Zwangsarbeit von seiner quantitativen Seite her – ein Ansatz, der eine Reihe von zusätzlichen Erkenntnismöglichkeiten eröffnet und bislang in der Forschung allgemein noch relativ wenig Beachtung gefunden hat.[Anm. 42]

Überlieferungsbildung und Quellenverluste in der Besetzungszeit



Eine Gruppe des
Kriegsgefangenen-Bau und
Arbeits-Bataillons Nr. 13
vor dem Dampfer Kaiser
Friedrich in Ludwigshafen,
1944[Bild: Stadtarchiv
Ludwigshafen]

Wie die konkrete Spurensuche nach verschollenen Quellenbeständen im Falle Ludwigshafens zeigte, ist die disparate Überlieferungslage zur Zwangsarbeit keineswegs auf nur einen einzigen, an einem bestimmten Zeitpunkt erfolgten „Quellenkahlschlag“ zurückzuführen, sondern erscheint vielmehr als das Resultat eines durch ein Bündel verschiedener Ursachen bedingten und sukzessive über einen längeren Zeitraum hinweg in mehreren Stufen verlaufenen Ausdünnungsprozesses.

Nachweislich ist in Ludwigshafen zunächst wichtiges Schriftgut zur Zwangsarbeit der zerstörerischen Wirkung des Luftkriegs – insbesondere den Großangriffen vom September 1943 – zum Opfer gefallen. [Anm. 43] Ursächlich für die Schriftgut-Dezimierung ist aber daneben vor allem die willkürliche Vernichtung von einschlägigen Unterlagen sowohl in der Endphase des NS-Regimes als auch in der Nachkriegszeit. So wurden schon in den letzten Kriegswochen ganze Aktenbestände von NS-Behörden, die hinsichtlich der Organisation des Ausländereinsatzes eine Schlüsselstellung eingenommen hatten, systematisch beseitigt, um zu verhindern, dass sie den alliierten Besatzern in die Hände fallen konnten. Besonders schwer ins Gewicht fällt in diesem Zusammenhang der Verlust der Hauptüberlieferung des Arbeitsamtes Ludwigshafen, die – nach den Aussagen eines Mitarbeiters der Arbeitsverwaltung – vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Ludwigshafen auf Anordnung des Gauarbeitsamtes vernichtet werden musste.[Anm. 44] Dieses Schicksal mögen auch die Verwaltungsakten der Deutschen Arbeitsfront (DAF) geteilt haben; was noch übrig geblieben war, wurde im Mai 1945 von den amerikanischen Besatzungstruppen eingesammelt.[Anm. 45]

Mit dem Hinweis auf den Zugriff der Amerikaner auf die DAF-Überlieferung ist indirekt bereits eine weitere ganz wesentliche und in ihren Auswirkungen sicher häufig unterschätzte Ursache für die dürftige Überlieferungslage zur Zwangsarbeit in vielen deutschen Kommunalarchiven angesprochen:

die systematische Dokumentationsstätigkeit der Besatzungsmächte zum (Zwangs-)Aufenthalt von Angehörigen der alliierten Nationen im Gebiet der jeweiligen Besatzungszonen während des Zweiten Weltkriegs. Im Zuge der von den Besatzern veranlassten Nachkriegs-Erhebungen gingen seinerzeit beträchtliche Mengen von Originaldokumenten aus der Kriegszeit aus deutschen Registraturen an die Besatzungsmächte über.

Während der französischen Besetzungszeit lassen sich in der Pfalz vier größere Erhebungsaktionen von Dienststellen der Militärverwaltung bzw. der zuständigen Hilfsorganisation „Service des Personnes Déplacées“ zum Schicksal von „Angehörigen der Vereinten Nationen“ feststellen, an denen deutsche Behörden maßgeblichen Anteil hatten.

Die erste grundlegende Untersuchung zum NS-Ausländereinsatz im Verwaltungsgebiet des Oberregierungspräsidiums (Hessen-)Pfalz ging von Oberst Roger Magniez, Leiter der „Section Intérieur et Cultes“ der französischen Militärregierung in Neustadt/Weinstraße, aus. Seine Anordnung hierzu vom 2. November 1945 überschnitt sich teilweise inhaltlich und zeitlich mit der nur wenige Wochen später anlaufenden größten und bedeutendsten Erhebungsaktion:[Anm. 46] den Nachforschungen über Zivil- und Militärangehörige der Vereinten Nationen gemäß der «Ordre 1792/CC/CAG» des Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in Deutschland, General Pierre-Marie Koenig, vom 6. Dezember 1945.[Anm. 47] Im Rahmen der „Dokumentation Koenig“ mussten die Kommunen nach Möglichkeit vollständige Dokumentationslisten mit den Namen und Geburtsdaten der ausländischen (Zwangs-)Arbeiter und Kriegsgefangenen, Angaben über ihre Arbeitgeber, ihre Beschäftigungszeiten, über ihre Unterkünfte wie überhaupt über ihre Behandlung durch deutsche Behörden erstellen. In Ludwigshafen wurde diese Dokumentation auf Anordnung des Oberbürgermeisters zum überwiegenden Teil durch die vorübergehend städtisch gewordene Polizeidirektion durchgeführt.[Anm. 48] Als im Juni 1949 der „Service des Personnes Déplacées“ in Bad Herrenalb die Anlage einer Zentralkartei über die bereits listenmäßig erfassten Angehörigen der Alliierten Nationen in Angriff nahm, wurden in die Kartierungsaktion - hauptsächlich aufgrund von Personalmangels auf französischer Seite - wiederum die deutschen Kommunalverwaltungen einbezogen und mit der Abarbeitung der ihnen noch vorliegenden Listenaufbereitungen aus der Dokumentation Koenig beauftragt.[Anm. 49] Die letzte große Erfassungsaktion unter französischer Besatzung wurde im Januar 1951 durch den französischen Landeskommisar für Rheinland-Pfalz, Gouverneur Hettier de Boislambert, in die Wege geleitet.[Anm. 50] Bei dieser abschließenden Erhebung gingen noch einmal umfängliche Registraturbestände – vielerorts der Rest an Schriftgutüberlieferung, der bei den früheren Erhebungen noch übrig geblieben war - aus dem Besitz deutscher Dienststellen in französischen Gewahrsam über.

Tabelle 1 (pdf-Datei)

Das aus der Dokumentationsstätigkeit der Hilfsorganisation „Service des Personnes Déplacées“ zwischen 1945 und 1951 auf Seiten der beteiligten deutschen Dienststellen hervorgegangene Schriftgut an Listen,

Karteien und sonstigen Unterlagen über Ausländer in Ludwigshafen war – von einigen unbedeutenden Überlieferungsresten abgesehen, die im Stadtarchiv<ANM>Erhalten sind lediglich verschiedene Aufstellungen über von der Stadt nach dem September 1943 verwaltete Kriegsgefangene in STALU Lua 530.</ANM> aufgespürt werden konnten – unauffindbar. Insbesondere der Verlust der Listen aus der „Dokumentation Koenig“ erwies sich insoweit als ein nicht auszugleichendes Manko, als auch ansonsten für Ludwigshafen keinerlei zeitgenössische Gesamtaufstellungen über alle vor Ort bestehenden Ausländer- und Kriegsgefangenenlager, über alle Arbeitgeber von Zwangsarbeitern und die Ausländer-Beschäftigungszahlen aller ansässigen Firmen zur Verfügung stehen und daher alle Informationen zu diesen Themenbereichen mühsam aus den verschiedensten Arten von Ersatzüberlieferung herausgefiltert werden mussten.

Zahlen und Daten zur Entwicklung des "Ausländereinsatzes" im Stadtbezirk Ludwigshafen



[Bild: Stadtarchiv
Ludwigshafen]

Wir vollziehen jetzt einen etwas abrupten Wechsel von der Quellenreflexion zur Inhalts- und Darstellungsebene. Wenn im nachfolgenden Unterkapitel Zahlen und Daten die Hauptrolle spielen und die Zwangsarbeiter lediglich als eine anonyme Zahlenmasse erscheinen mögen, so bedarf es vielleicht an dieser Stelle des Hinweises, dass selbstverständlich die Beschreibung der konkreten Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiter, das Nachzeichnen exemplarischer Einzelschicksale und die Wahrung der Opferperspektive ein Hauptanliegen und zugleich ein wesentliches Gestaltungselement der Gesamtdokumentation bilden. Behandelt werden in den verschiedenen Großkapiteln der Dokumentation im einzelnen die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter, die Existenzbedrohung durch den Luftkrieg, ihre Disziplinierung, Unterdrückung und Verfolgung durch die betrieblichen und die polizeilichen Repressionsorgane sowie die Eskalation der Not in der Schlussphase des Krieges.

Die Beschäftigung mit den Zahlen ist natürlich auch kein Selbstzweck. Die Kenntnis der hier dargelegten elementaren Zusammenhänge war vielmehr eine wichtige Grundvoraussetzung für die weiterreichende Erforschung und Durchdringung der Materie, sowohl unter qualitativen als auch unter quantitativen Gesichtspunkten.

Die Anfänge der Zwangsarbeit in Ludwigshafen: Vereinzelter Einsatz in der Landwirtschaft ab Dezember 1939

Aufgrund von Sicherheitsbedenken der Wehrmacht war im linksrheinischen Teil des Armeegebietes innerhalb des gesamten Wehrkreises XII Wiesbaden in den ersten beiden Kriegsmonaten und größtenteils auch noch nach dem Ende des Polenfeldzuges die Verwendung von polnischen Kriegsgefangenen zwar in der früheren Provinz Rheinhessen, nicht aber in den saarländischen und pfälzischen Land- und Stadtkreisen gestattet.[Anm. 51]

Dennoch erhielt auch Ludwigshafen noch vor Jahresende 1939 die erste Zuteilung an ausländischen Arbeitskräften, die zahlenmäßig allerdings noch äußerst bescheiden ausfiel. Quellenmäßig belegt ist lediglich, dass zwei polnische Zivilarbeiter – ein Brüderpaar – im Dezember 1939 durch das Arbeitsamt an Arbeitsplätze bei Landwirten im Stadtteil Edigheim vermittelt wurden.[Anm. 52] Erstmals im Mai des Jahres 1940 sollte den Ortsbauernschaften in den Stadtteilen Oppau, Oggersheim, Rheingönheim und Maudach eine kleine Zahl polnischer Kriegsgefangener zugeteilt werden, doch waren wegen der zum Teil nur unzureichend gelösten Frage der Lagerunterbringung[Anm. 53] bis zum 9. Juli 1940 innerhalb des Stadtkreises Ludwigshafen lediglich in Oggersheim und in Oppau jeweils zehn polnische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft eingesetzt.[Anm. 54] Mitte November 1940 waren bei den sechs Ortsbauernschaften des Stadtkreises insgesamt 153 Kriegsgefangene beschäftigt.[Anm. 55]

Beginn des Ausländer Einsatzes in der gewerblichen Wirtschaft im Juni 1940

Den gewerblichen Betrieben in Ludwigshafen blieb bis zum Sommer 1940 die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern untersagt, obwohl die massenhafte Einberufung junger Deutscher zum Kriegsdienst auch im industriellen Bereich empfindliche Lücken in den Arbeitskräftebestand riss. Wegen der geringen Zahl von Rüstungsbetrieben in der vormals entmilitarisierten Zone gingen den Ludwigshafener Betrieben – wie der Pfälzer Wirtschaft überhaupt – in der ersten Kriegsphase überdurchschnittlich viele männliche Arbeitskräfte durch Einberufung zur Wehrmacht verloren. Der Prozentsatz der Einberufenen lag im Mai 1941 im gesamten Wehrkreis XII Wiesbaden, zu dem das südwestdeutsche Grenzgebiet gehörte, fast doppelt so hoch wie im Reichsdurchschnitt.[Anm. 56]

Neue Beschäftigungs- und Produktionsperspektiven eröffnete den Unternehmen in Ludwigshafen die schon lange geforderte Zulassung von Ausländern in der linksrheinischen Wirtschaft Ende Juni des Jahres 1940.[Anm. 57] Erlass des Reichsinnenministeriums über die Freigabe der westlichen Kriegsgefangenen vom 5. Juli 1940. LASP Best. H 37 Nr. 2621. Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Aufl. Berlin und Bonn 1986, S. 96-98. Von der Freigabe der westlichen Kriegsgefangenen im Wehrkreis XII und dem nunmehr anlaufenden Einsatz ausländischer Zivilarbeitskräfte profitierten hier in erster Linie die kriegswichtigen Branchen von Metallindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, am meisten aber die chemische Industrie, die in der Folgezeit gewaltige Produktionssteigerungen verbuchte.[Anm. 58]

Etwa ein Dutzend größerer Firmen führte in Ludwigshafen ab 1940 jeweils kriegswichtige Großaufträge der Wehrmacht im Rahmen vordringlicher Rüstungsprogramme aus. Hierzu gehörten in erster Linie

Fertigungsprogramme im Bereich des U-Boot- und Flugzeugbaus, der Munitionsfertigung sowie der Herstellung von chemischen Grundstoffen.[Anm. 59] Die Produktionsaufträge der Rüstungsbehörden kamen einer Vielzahl weiterer örtlicher Unternehmen zugute. Nach den Worten des Arbeitsamtsleiters bestand sogar im September 1941 in Ludwigshafen eine „Sonderlage“, weil hier fast ausschließlich Betriebe mit kriegswichtigen Produktionen vorhanden seien.[Anm. 60] Ein Firmen-Verzeichnis vom Dezember 1944 listet für den Stadtbezirk Ludwigshafen insgesamt 133 Unternehmen auf, deren kriegswirtschaftliche Bedeutung von den Rüstungsbehörden als so hoch eingeschätzt wurde, dass sie in Zeiten eines allgemeinen Bauverbots eine bevorzugte bauliche Betreuung durch die Rüstungsinspektion genossen.[Anm. 61]

In der Frage der Behebung des Arbeitskräftemangels durch die ersatzweise Heranziehung von Kriegsgefangenen wie auch zivilen ausländischen Arbeitskräften übernahm in Ludwigshafen die IG Farbenindustrie einer Vorreiterrolle. Bereits am 21. Juni 1940 trafen bei der IG Farben die ersten 500 belgischen Kriegsgefangenen ein.[Anm. 62] Am 14. Juli 1940 erhielt die IG fast 600 slowakische Arbeitskräfte, davon rund die Hälfte Volksdeutsche,[Anm. 63] die Anfang August – etwa zeitgleich mit einer Gruppe von 200 Niederländern – in Beschäftigung traten. Es folgten noch im gleichen Jahr die ersten Italiener[Anm. 64] und Lothringer[Anm. 65] sowie die ersten angeworbenen „Nationalfranzosen“. [Anm. 66]

Waren im August 1940 im gesamten Stadtbezirk Ludwigshafen bei der Industrie, den Bauunternehmungen, der Stadtverwaltung und anderen Arbeitgebern 1.250 Gefangene beschäftigt, darunter allein 500 bei der IG Farben und 200 bei der Chemiefirma Giulini,[Anm. 67] so hatte sich bis Juni 1941 die Zahl der beschäftigten Kriegsgefangenen in Ludwigshafen auf 2.600 erhöht. Hinzu kamen bereits 7.500 zivile ausländische Arbeitskräfte, darunter wohl 4.300 Italiener, die anscheinend zum Teil im Rahmen eines Sonderprogramms im Luftschutzbau eingesetzt wurden.[Anm. 68]

Massenhafter Ausländereinsatz im Stadtgebiet ab Frühjahr 1942



Zwangsarbeiter beim Bau des Tiefbunkers am Alten Pfalzbau um 1940[Bild: Stadtarchiv Ludwigshafen]

Wirklichen Massencharakter erhielt die Ausländerbeschäftigung in Ludwigshafen erst ab dem Frühjahr 1942 mit dem Beginn des Zwangseinsatzes der Ostarbeiter und dem wenige Monate später einsetzenden Zustrom an zwangsverpflichteten zivilen französischen Arbeitskräften. Auch die Stadtverwaltung forcierte nunmehr auf dem Arbeitskräftektor ihre Maßnahmen zur Förderung der Kriegswirtschaft.

Auf Anregung und mit Unterstützung des Arbeitsamts Ludwigshafen[Anm. 69] ließ sie im Frühjahr 1942 Pläne für ein großes Gemeinschaftslager an der Bruchwiesenstraße ausarbeiten, in dem 3.000 russische Kriegsgefangene Platz finden sollten.[Anm. 70]

Den Höchststand an gemeldeten Zivilausländern verzeichnen die ab Ende des Jahres 1941 im Halbjahres-Rhythmus angefertigten Polizeistatistiken für den Stichtag 1. Dezember 1943. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Stadt 21.243 zivile Ausländer polizeilich meldet.[Anm. 71] Dass der zahlenmäßige Zenit des Ausländereinsatzes in Ludwigshafen – zumindest im Spiegel polizeilicher Meldestatistiken – bereits im Jahr 1943 erreicht wurde und zur Mitte des Jahres 1944 hin bereits ein steter Rückgang der Ausländerzahlen festzustellen ist, ist wohl auf drei Ursachen zurückzuführen: das Entstehen einer völlig veränderten Großraumordnung infolge der Auslagerung von Behörden, Institutionen, Produktionsstätten und Ausländerlagern aus dem eigentlichen Stadtbezirk in weniger luftkriegsgefährdete Orte in großem regionalen Umkreis, zum Teil in Orte an der Weinstraße; den scharenweisen Abtransport von Zwangsarbeitern zu Schanzarbeiten am Westwall ab September 1944; und schließlich die Inmarschsetzung großer Zwangsarbeiterkolonnen ins rechtsrheinische Reichsgebiet angesichts des Vorrückens der alliierten Truppen ab Dezember 1944.[Anm. 72]

Bezogen auf die verschiedenen Kategorien ausländischer Zwangsarbeiter ergibt sich für Ludwigshafen die Besonderheit, dass hier eine wichtige Gruppe überhaupt nicht vertreten war: Anders als beispielsweise in der Nachbarstadt Mannheim wurden in Ludwigshafen – jedenfalls nach derzeitigem Kenntnisstand – keine KZ-Häftlinge eingesetzt. Auch gab es hier – im Vergleich zu anderen Teilen der Westmark – relativ wenige sowjetische Kriegsgefangene, da für diese die örtlich dominierende Chemiebranche kein klassisches Einsatzgebiet darstellte.[Anm. 73]

In der Aufschlüsselung der Ausländer nach ihren Herkunftsländern nehmen im Dezember 1943 die Franzosen den ersten Rang ein (7.498/35,3 %), an zweiter Stelle folgen die sowjetischen Arbeitskräfte (5.069/23,9 %), dann die Polen (1.796/8,5 %), die Italiener (1.618/7,6%) und die Belgier (1.409/6,6 %). Die restlichen Ausländer (3.148) entstammten insgesamt 18 verschiedenen Herkunftsländern.[Anm. 74]

Das Stadtprofil der Ausländerbeschäftigung in Ludwigshafen unterschied sich von dem anderer pfälzischer Städte durch die größere Vielfalt der hier vertretenen Nationalitäten und den wesentlich höheren Ausländer-Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ohne die Kriegsgefangenen ergibt sich für Ludwigshafen zu den Stichtagen 1. Juni und 1. Dezember 1943 bereits ein Ausländeranteil von 13,6 bzw. 14,8 Prozent. Rechnet man die mehr als 6.000 Kriegsgefangenen hinzu, die wahrscheinlich gegen Ende des Jahres 1943 im Stadtgebiet arbeiteten,[Anm. 75] erhöht sich dieser Prozentsatz auf 19 Prozent. Je mehr sich die deutsche Bevölkerung durch die Luftkriegs-Evakuierungen im Jahr 1944 verringerte, desto steiler schnellte der Ausländeranteil nach oben, und bereits Anfang Juli 1944 dürfte es sich bei fast jeder dritten bis vierten in Ludwigshafen ansässigen Person um eine ausländische Arbeitskraft gehandelt haben.[Anm. 76]

Wie stark der Ausländereinsatz in Ludwigshafen mit den kriegswirtschaftlichen Anstrengungen zur Steigerung der Rüstungsproduktion verflochten war, erhellt die vergleichende Betrachtung der

Beschäftigungsentwicklung im Stadtkreis mit der des gesamten Wirtschaftsgebietes Westmark.

Marija G., Ostarbeiterin Nr. 7577 der IG Farben Ludwigshafen-Oppau, bei der fotografischen Registrierung (Privatbesitz) Im Gebiet Westmark bzw. Pfalz-Saarland sank die Zahl der männlichen deutschen Beschäftigten zwischen Juli 1939 und Februar 1944 von mehr als 447.000 auf 237.000 (- 47 %) und ging damit fast auf die Hälfte zurück.[Anm. 77] Die Zahl der in Arbeit stehenden deutschen Frauen stieg im gleichen Zeitraum von 123.000 auf 182.000 (+ 48 %). Außerdem waren im Februar 1944 im Raum Saar-Pfalz 129.000 Ausländer (92.000 Zivilarbeiter und mehr als 37.000 Kriegsgefangene) als beschäftigt gemeldet. Das durch den Ausfall von fast 211.000 deutschen Männern entstandene Kräftedefizit wurde zu weniger als einem Drittel (27,7 %) durch eine Ausweitung der Frauenarbeit aufgefangen, aber zu fast zwei Dritteln (61,4 %, Zivilarbeiter: 43,6 %, Kriegsgefangene 17,8 %) durch den Arbeitseinsatz von Ausländern. Die Zahl der Beschäftigten insgesamt ging in der Westmark um vier Prozent zurück.

Im Stadtkreis Ludwigshafen verringerte sich die Zahl der männlichen deutschen Beschäftigten von etwa 49.000 im Jahr 1939 auf 30.857 (- 37 %) im ersten Quartal 1944.[Anm. 78] Die Zahl der beschäftigten deutschen Frauen nahm im gleichen Zeitraum von 12.700 auf 23.028 zu (+ 81 %). Das Kräftedefizit bei den Männern konnte damit bereits zu mehr als der Hälfte (57 %) allein durch das Anwachsen der zuvor unterrepräsentierten Frauenarbeit wettgemacht werden. Außerdem verzeichnet die Arbeitsamtsstatistik für das erste Quartal 1944 22.043 ausländische Zivilarbeiter – dies entspricht in etwa der Anzahl der bis Kriegsende aus dem Stadtbezirk zur Wehrmacht einberufenen Personen (21.598).[Anm. 79] Die Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhte sich in Ludwigshafen von 61.669 im Jahr 1939 auf 75.928, bei Einbeziehung der etwa 6.000 Kriegsgefangenen sogar auf fast 82.000 im ersten Quartal 1944. Die Beschäftigtenzahl dürfte also – anders als im Durchschnitt der Westmark - von 1939 bis 1944 um ein knappes Drittel zugenommen haben.

Beschäftigungszweige und Großbetriebe



Fremdarbeiter bei Giulini während des Baus von Hilfsbaracken als Ersatz zerstörter Bürogebäude, 1942[Bild: Stadtarchiv Ludwigshafen]

Unter den verschiedenen Beschäftigungsbranchen stand nach einer Arbeitsamts-Statistik für das erste Quartal des Jahres 1943 hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung mit weitem Abstand die Chemische Industrie an der Spitze, die alleine 71,5 Prozent aller im Stadtkreis wohnhaften zivilen ausländischen Arbeitskräfte beschäftigte.[Anm. 80] Dabei war der Anteil der in den Chemiefirmen eingesetzten Ausländer auch im Verhältnis zur Quote der in derselben Branche tätigen deutschen Arbeitskräfte (nur

43,5 %) überproportional hoch. An zweiter Stelle der Beschäftigtenstatistik folgen auf die Chemiebranche mit riesigem Abstand das Baugewerbe (7,2 %), der Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau (6,8 %) und die Landwirtschaft (5,5 %). Ein weiteres markantes, für den Zwangsarbeitereinsatz in Ludwigshafen charakteristisches Spezifikum ist die relativ hohe Zahl der in den Chemiebetrieben eingesetzten Frauen, in der sich überwiegend der Einsatz sowjetischer Arbeiterinnen widerspiegelt. Von 4.501 Ausländerinnen – zum überwiegenden Teil Zwangsbeschäftigte – arbeiteten in Ludwigshafen allein 3.068 (68,2 %) im Chemiesektor. Auf die beiden nächstfolgenden Branchen in der Rangskala des Fraueneinsatzes, die Landwirtschaft und den Maschinenbau, entfielen lediglich 393 (8,7 %) bzw. 307 (6,8 %) Ausländerinnen. Erfasst ist in der Statistik auch der Einsatz von 183 ausländischen – vorwiegend ukrainischen – Hausmädchen.

Legt man die absoluten Beschäftigungszahlen zugrunde, massierte sich der Zwangseinsatz ausländischer Arbeitskräfte in Ludwigshafen während des Zweiten Weltkriegs bei drei großen Unternehmen: Dem Chemiekonzern IG Farben, der Chemiefirma Gebrüder Giulini sowie der Halberg Maschinenbau und Gießerei A.G.

Auf diese drei Firmen verteilte sich auch das Gros der mehr als 5.000 in den Polizeistatistiken ausgewiesenen Ostarbeiter. Die IG Farben konnte in den Jahren 1942 bis 1944 insgesamt 3.212 Ostarbeiter-Zugänge (1.707 Männer, 1.505 Frauen) für sich verbuchen, der höchste Personalstand innerhalb dieser Beschäftigtengruppe war hier Ende April/Mai 1944 mit 2.611 Arbeitern (1.217 Männern, 1.394 Frauen) erreicht.[Anm. 81] Die Firma Giulini hatte bis Ende Juni 1942 1.058, die Firma Halberg 267 sowjetische Zivilarbeiter erhalten.[Anm. 82] Im Schnitt arbeiteten damit in der Stadt etwa sieben von zehn Ostarbeitern für einen der drei Großbetriebe.

Vergleicht man den jeweiligen Ausländeranteil an den Belegschaften der drei Großunternehmen, so fällt das Ergebnis der Firma Giulini im Jahr 1943 mit einer Ausländerquote von 63,2 Prozent – 2.225 Ausländern unter 3.518 Arbeitern bei einer Gesamtbelegschaft von 4.008 Personen – deutlich aus dem Rahmen.[Anm. 83] Der hohe Grad der Ausländerbeschäftigung bei der Firma Giulini, die vor allem Leichtmetall für den Flugzeugbau produzierte,[Anm. 84] stand also ganz im Zeichen einer gewaltigen wirtschaftlichen Ausweitung des Unternehmens. Insgesamt kamen während des Krieges im Werk Giulini 4.500 ausländische Arbeiter, Kriegsgefangene und politische Sträflinge zum Einsatz.[Anm. 85] Eine deutlich niedrigere Ausländerrate ist für die Firma Halberg zu verzeichnen, die sich bei der Erledigung ihrer Rüstungsaufträge im Bereich der U-Boot-Produktion im März 1944 aber bei einer Beschäftigtenzahl von etwa 3.000 Personen[Anm. 86] immerhin auch auf ein Kontingent von mehr als 1.000 ausländischen Arbeitern[Anm. 87] stützen konnte.

Bei der IG Farben erreichte nach den Angaben in der Arbeiterpersonalstatistik[Anm. 88] der Beschäftigungsstand während des Krieges im April 1943 mit insgesamt 33.414 Arbeitern – gegenüber 19.907 im Juli des Jahres 1939 – seinen Höhepunkt. Die Gesamtbelegschaft der IG Farben nahm von etwa 23.700 bei Kriegsbeginn[Anm. 89] auf 41.000 im März 1943 zu.[Anm. 90]

Die beiden kriegswichtigen Großprojekte der IG Farben – Herstellung von Hochleistungstreibstoff und

Bunaproduktion (Synthesekautschuk)[Anm. 91] – schufen eine kaum zu befriedigende Nachfrage nach Montage-, Bau- und Betriebsarbeitern. Der extrem hohe Personalstand der IG im April 1943 resultierte aus der Entscheidung des Rüstungsministeriums, Bauvorhaben und Betriebe der Buna-Abteilung zur Verbesserung der Versorgungslage bis zum 30. April 1943 in eine besondere Dringlichkeitsstufe für die Zuweisung von Arbeitskräften einzuordnen.[Anm. 92] Die Arbeiterschaft setzte sich in diesem Monat aus 19.657 Deutschen und 13.727 Ausländern zusammen (11.006 Zivilarbeiter, 862 Leiharbeiter, 1.859 Kriegsgefangene).[Anm. 93] Am 1. Januar 1943 bestand die Arbeiterschaft der IG Farben bei den männlichen Arbeitern zu 37,2 Prozent, bei den Arbeiterinnen zu 44,2 Prozent aus Ausländern. Die Zahlen des Werkes Ludwigshafen lagen damit über dem IG-Durchschnitt.[Anm. 94] Der Anteil der zivilen ausländischen Arbeitskräfte der IG Farben am Gesamtergebnis für den Stadtkreis schwankt in den überprüfbarren Monaten der Jahre 1941 bis 1944 zwischen 44,4 und 64,5 Prozent.[Anm. 95]

Ausländer- und Kriegsgefangenzahlen bei der IG Farben und im Stadtgebiet Ludwigshafen unter Berücksichtigung der Arbeitskräftefluktuation

Ein anderer für die quantitative Erfassung des Ausländerkontingents der IG Farben bedeutsamer Aspekt ist neben den Stichtagszahlen die Frage nach der Gesamtzahl der während der Jahre 1940-1945 zum Einsatz gekommenen Ausländer unter Berücksichtigung aller Abgänge bzw. Entlassungen. Zur Veranschaulichung des Problems der Arbeitskräftefluktuation ließe sich für die IG Farben folgende interessante Rechnung aufmachen: Im Zeitraum Juni 1940 bis Ende Dezember 1944 beschäftigte die IG Farben unter Berücksichtigung der entlassenen Personen insgesamt mehr als 23.000 zivile ausländische Arbeitskräfte, hinzu kamen etwa 1.000 Leiharbeiter, 7.100 Kriegsgefangene sowie etwa 600 in Baubataillonen zusammengefasste Ausländer.[Anm. 96] Es ergibt sich damit für die IG Farben ein Gesamtergebnis von mehr als 31.000 Ausländern – dies ist mehr als doppelt soviel (Multiplikationsfaktor 2,3) wie die höchste belegte Stichtagszahl.

Wenn auch bei dieser Rechnung ergebnismindernde Faktoren – wie Doppelzählungen infolge der Wiedereinstellung zuvor entlassener Personen oder infolge der Überführung von Kriegsgefangenen in den Zivilarbeiterstatus – in Ermangelung aussagekräftigen Quellenmaterials unberücksichtigt bleiben müssen,[Anm. 97] dürfte das Resultat der IG Farben dennoch gleichzeitig in etwa die Größenordnung jener Summenzahl aufzeigen, die wir, unter Berücksichtigung des Fluktuationsphänomens, für das gesamte Stadtgebiet Ludwigshafen ansetzen dürfen: Unterstellt man, dass bei den kleineren Betrieben eine ähnliche Fluktuation wie bei der IG Farben herrschte, ergäbe sich für die Stadt für den Berechnungszeitraum 1939-1945 – vorsichtig geschätzt – ein Gesamtergebnis in der Dimension von etwa 50.000 Ausländern, also fast zweimal soviel wie die höchsten bekannten Stichtagszahlen.

Tabellen 2-6 (pdf-Datei)

Perspektiven für die Erforschung der Zwangsarbeit in Frankenthal

In der vorderpfälzischen Stadt Frankenthal erfolgt die Untersuchung der Zwangsbeschäftigung von Zivilausländern und Kriegsgefangenen derzeit im Zuge des von Stadtarchivar Gerhard Nestler betreuten Forschungsprojektes „Frankenthal im Nationalsozialismus“. Die Zwangsarbeit bildet hier einen Ausschnitt aus einem breit gefächerten Themenspektrum, das die Stadtgeschichte in der NS-Zeit aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchten soll.

Die Untersuchungen befinden sich zwar derzeit noch in den Anfängen, sind jedoch schon soweit gediehen, dass man sich bei den Bemerkungen zur Quellenlage kurz fassen kann. Denn es gilt in den Grundzügen, zum Teil sogar bis in die Einzelheiten hinein, der gleiche Befund, wie er zuvor für Ludwigshafen erhoben wurde, nur mit dem Unterschied, dass die Quellenbasis hier noch wesentlich schmäler bemessen ist. Inhaltlich bieten sich für die Erforschung der Zwangsarbeit in Frankenthal vor allem zwei über den lokalhistorischen Rahmen hinausweisende Untersuchungsbereiche an: 1. die Bedeutung des Stalags (Stammlagers) XII B Frankenthal als regionales Wehrmachtslager zur Verwaltung der Kriegsgefangenen im südlichen Teil des Wehrkreises XII und 2. der Umgang mit den Ostarbeitern beim Kriegsmusterbetrieb KSB (Klein, Schanzlin und Becker).

Das Wehrmachts-STALAG XII B Frankenthal



Das Wehrmachts-STALAG
XII B Frankenthal [Bild:
Stadtarchiv Frankenthal]

Bereits in der Anfangsphase des Kriegsgefangeneinsatzes in der Pfalz scheint Frankenthal eine gewisse Rolle als Sammelpunkt und Durchgangsort für die eintreffenden Gefangenentransporte gespielt zu haben. In einer Mitteilung des Arbeitsamts Ludwigshafen an den Landrat in Kirchheimbolanden vom 30. November 1939 über die Zuführung polnischer Kriegsgefangener vom Lager Ziegenhain im Arbeitsamtsbezirk Marburg in die Nord- und Vorderpfalz wird jedenfalls Frankenthal ausdrücklich als Zwischenstation genannt.[Anm. 98] Aus militärstrategischen und verkehrsmäßigen Erwägungen – namentlich wegen der grenzfernen Lage der Stadt, daneben wohl auch wegen Unterbringungsschwierigkeiten am Stützpunkt Ludwigshafen[Anm. 99] – entschied sich die Wehrmacht für Frankenthal als Standort einer zentralen Kriegsgefangenen-Verwaltungsstelle. Zum 1. April 1940 richtete sie hier mitten in der Stadt das Mannschaftsstammlager XII B ein[Anm. 100], dem die Funktion einer Drehscheibe für den Kriegsgefangeneinsatz in der Pfalz und der Provinz Rheinhessen, später zeitweise auch in der Provinz Starkenburg und in Teilen Nordbadens zukam. Anfänglich wurden über Frankenthal nur die landwirtschaftlichen Betriebe, ab Ende Juni 1940 auch die Gewerbebetriebe und die Kommunen mit Kriegsgefangenen versorgt.

Anfang November des Jahres 1940 verwaltete das Stalag XII B bereits insgesamt 27.424 Kriegsgefangene (davon 16.594 Franzosen) und 603 als Außenlager angeschlossene Arbeitskommandos. Zum Jahresende 1941 war die Kriegsgefangenenzahl bereits auf fast 40.000 angewachsen.[Anm. 101] Zum 1. April 1942 ging aus den eigenständigen Stalag-Bereichen XII B Frankenthal und XII F Bolchen das für die gesamte Westmark zuständige Stalag XII F Forbach hervor, dessen Verwaltung wiederum beim Näherrücken der Front im Herbst 1944 von Forbach nach Freinsheim in der Pfalz verlegt wurde.[Anm. 102]

Tabelle 7 (pdf-Datei)



Das Wehrmachts-STALAG
XII B Frankenthal[Bild:
Stadtarchiv Frankenthal]

Mit dem Arbeitskommando 200 B für ansteckend Erkrankte und Disziplinarfälle sowie dem Reservelazarett 1162 B blieben in Frankenthal auch nach der Übersiedlung der Stalag-Verwaltung nach Forbach im Frühjahr 1942 zwei bedeutsame Einrichtungen der Wehrmacht für den Kriegsgefangeneinsatz bestehen. In den verlassenen Verwaltungsbaracken des Stalag XII B am Parsevalplatz richtete die Arbeitsverwaltung ein Durchgangslager für ausländische Arbeitskräfte (Dulag) ein.[Anm. 103] Ursprünglich als Zugangslager für die ankommenden zivilen sowjetischen Arbeitskräfte geplant, erfüllte das Dulag jedoch dann hauptsächlich die Funktion eines Kranken-Sammellagers und einer medizinischen Absonderungsstation: Hierher kamen Polen und Ostarbeiter, die (1) wegen Arbeitsunfähigkeit zur Rückführung in ihre Heimat vorgesehen waren, die (2) eigentlich einer Krankenhausbehandlung bedurften, sowie (3) diejenigen, die an ansteckenden Krankheiten litten, chronisch krank oder nicht transportfähig waren.[Anm. 104] Beim Luftangriff auf Frankenthal in der Nacht vom 23. auf den 24. September 1943 wurde das Dulag ebenso wie das Kriegsgefangenenlager 200 B vollständig zerstört.[Anm. 105]

Die Behandlung der Ostarbeiter beim Kriegsmusterbetrieb KSB Frankenthal



Zwangsarbeiter bei der
Pumpenfabrik Balcke[Bild:

Stadtarchiv Frankenthal]

Bei der Entwicklung grundlegender Richtlinien für den betrieblichen Einsatz der Ostarbeiter setzte in der Pfalz die Maschinenfabrik KSB (Klein, Schanzlin und Becker) Frankenthal in mancherlei Hinsicht die Maßstäbe. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit einem verhältnismäßig großen Kontingent von Ostarbeitern versorgt – 310 Personen (209 Männer, 101 Frauen) am 25. April 1942, 395 Personen am 30. Juni 1942 (291/104)[Anm. 106] –, führte der an verschiedenen Marinerüstungsprogrammen und der V2-Raketenproduktion beteiligte Kriegsmusterbetrieb KSB Frankenthal vor der IG Farben Ludwigshafen und wohl als erstes Unternehmen in der Pfalz überhaupt[Anm. 107] noch in der ersten Jahreshälfte 1942 zur Disziplinierung der Ostarbeiter ein Leistungsklassensystem ein, das den Druck auf die ausländischen Arbeitskräfte erheblich verstärkte und als Modell für die Maximierung der Arbeitsleistung in den Rüstungsbetrieben großen Anklang fand. Ein Kernelement dieses Systems war die Koppelung des Umfangs der Essensrationen an die erbrachte individuelle Arbeitsleistung. Entsprechend seiner Zugehörigkeit zu einer der Leistungsklassen wurde der einzelne Arbeiter einer Verpflegungsklasse zugewiesen. Das System funktionierte also nach dem Grundgedanken, dass Hunger als primäre Leistungsmotivation an die Stelle angemessener Entlohnung trat, ohne dass das Niveau der Lebensmittelversorgung auch für die Leistungsstärksten durch die zusätzlichen Rationen entscheidend angehoben wurde.[Anm. 108] Von dem bei KSB praktizierten Einsatzmodell gingen wichtige Impulse für die Behandlung der Ostarbeiter in den Betrieben der Westmark aus;[Anm. 109] es gibt Hinweise darauf, dass es auch Auswirkungen auf den Umgang mit Zwangsarbeitern jenseits der Gaugrenzen besaß.

Schlussbetrachtung



Zwangsarbeiterbaracken
bei der Pumpenfabrik
Balcke[Bild: Stadtarchiv
Frankenthal]

Im Verlaufe der Untersuchungen zur Zwangsbeschäftigung von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen in Ludwigshafen und Frankenthal sind – nicht unerwartet - vielfältige Hindernisse substantieller Art aufgetreten. Die Mängelkategorien im Hinblick auf die Quellenfrage lassen sich in etwa durch die Attribute „unauffindbar, unerschlossen, unzulänglich, unzugänglich“ beschreiben. Erwartungsgemäß erwies sich bei den Arbeiten am Ludwigshafener Projekt der Versuch, mithilfe vielfach nur winziger Quellenfragmente einen möglichst großen Teil eines sehr umfangreichen und differenzierten Themenfeldes abzudecken, als ein methodisch schwieriges und gelegentlich an die Grenzen der Arbeitsökonomie stoßendes Unternehmen. Die angewandte Arbeitstechnik, die häufig

kleinteiligen Ergebnisse von Archivrecherchen zusammenzufügen und sie nach Möglichkeit mit individuellen Aussagen von Zeitzeugen zu verbinden, geriet vielfach zu einem mühseligen detektivischen Puzzlespiel. Wie jedoch hoffentlich am Beispiel des hier präsentierten Zahlenmaterials aufgezeigt werden konnte, hat die Aufarbeitung der verstreuten Quellenüberlieferung bei allen Schwierigkeiten – nicht nur in den Bereichen mit hoher Quellendichte, die quantifizierende Auswertungen zuließen – doch zu einer Vielzahl von konkreten Einzelergebnissen und Erkenntnissen über die lokale Ausprägung des Systems der Zwangsarbeit geführt, die wesentliche Teilbereiche des Gesamtphänomens zu erhellen vermögen. Sofern der Forschung nicht neue Quellen im In- und Ausland – wie etwa die Unterlagen im Archiv des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes in Bad Arolsen – zugänglich gemacht werden, wird es aber künftig in ähnlich gelagerten Fällen kaum mehr möglich sein, den an eine derartige Lokalstudie zu stellenden Mindesterwartungen gerecht zu werden, wenn die Möglichkeit der Beschaffung von Ersatzüberlieferung durch die Zeitzeugenbefragung ganz entfällt.

Ein gewisses Problemfeld für Lokalstudien zur Zwangsarbeit in der Pfalz bedeutet darüber hinaus beim gegenwärtigen Stand der Forschungen die starke Verengung des Blickwinkels, die mit der Konzentration auf die Zwangsarbeit im lokalen Untersuchungsraum notwendigerweise einhergeht. Angesichts der bislang noch fehlenden Grundlagenforschung in der Region besteht vorläufig die Gefahr, dass die Fokussierung auf den städtischen Bereich den Blick auf die größeren strukturellen Zusammenhänge und damit auch auf die wirkliche Dimension des Elends der Zwangsarbeit verdeckt. Ohne Grundinformationen über die regionale Infrastruktur des Lagersystems im Bereich der Krankenversorgung und des Disziplinierungs- und Strafwesens, ohne elementare Kenntnisse von Ausländer-Transportwegen und -Transportzielen bleiben ganz wesentliche lokalgeschichtliche Aspekte der Zwangsarbeit unerschlossen, und es wächst auch das Risiko von groben Missverständnissen. Zur Erforschung der regionalen Infrastruktur der Zwangsarbeit wird sicherlich langfristig die Vernetzung der Ergebnisse lokaler Fallstudien im Pfälzer Raum wie überhaupt innerhalb des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag leisten können. Angesichts der Verwaltungsverhältnisse in Südwestdeutschland während der NS-Zeit und der systematischen Verschleppung von Zwangsarbeitern aus der Pfalz ins Reichsinnere in der Schlussphase des NS-Regimes darf man aber auch auf die Resultate von derzeit laufenden Forschungsarbeiten zur Zwangsarbeit in benachbarten Regionen, insbesondere im baden-württembergischen Teil des Rhein-Neckar-Raumes, gespannt sein.

Verfasser: Eginhard Scharf

Veröffentlicht in der Geschichtlichen Landeskunde: 2004

Anmerkungen:

1. Der vorliegende Beitrag stellt eine inhaltlich ergänzte, vor allem um einige Tabellen erweiterte Fassung des während des Zwangsarbeiterkolloquiums in Mainz am 21. September 2002 gehaltenen Vortrags dar. - Es werden nachfolgend in den archivischen Quellennachweisen folgende Siglen verwendet: AOCOL = Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche Colmar; BA/MA FR = Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg; BASF UA = BASF-Unternehmensarchiv Ludwigshafen; GLAKA = Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe; LHKO = Landeshauptarchiv Koblenz; LASB =

- Landesarchiv Saarbrücken; LASP = Landesarchiv Speyer; STALU = Stadtarchiv Ludwigshafen; STASP = Stadtarchiv Speyer; StAN = Staatsarchiv Nürnberg.
2. Vgl. als Beispiel hierzu Matthias Nathal: Bad Dürkheimer Stadtgeschichte(n). Hrsg. von der Stadtverwaltung Bad Dürkheim, Bad Dürkheim 2000, S. 95-104.
 3. Michael Martin: Zwangsarbeiter in Landau. In: Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Bd. 3: „Unser Ziel – die Ewigkeit Deutschlands“, Mainz 2001, S. 60-71. Der Aufsatz ist ein auf den Schriftzeugnissen des Stadtarchivs basierender Überblick über die ersten Forschungsergebnisse in der südpfälzischen Stadt.
 4. Inge Zimmermann: „Ostarbeiter“ in Kaiserslautern im Spiegel von Zeitzeugenerinnerungen. In: Meyer/Berkessel (wie Anm. 3), S. 72-78. Der Beitrag zu Kaiserslautern war freilich seit langem avisiert und stellt in soweit einen Sonderfall dar, als die Verfasserin dem Arbeitskreis Ukraine der Evangelischen Landeskirche der Pfalz um Pfarrer Rudi Job und Emilie Hofrichter angehört, der sich seit vielen Jahren und völlig unabhängig von der durch die Entschädigungsdiskussion losgetretenen Entwicklung dem Ziel der humanitären Hilfeleistung für ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine verschrieben hat.
 5. Vgl. hierzu den Beitrag von Jan Storre im vorliegenden Band.
 6. In der westpfälzischen Stadt Zweibrücken existiert ein rühriger, im Umfeld der dortigen Volkshochschule angesiedelter Arbeitskreis, der sich der Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Kapitel der Stadtgeschichte verschrieben hat.
 7. Vgl. die näheren Ausführungen zum Frankenthaler Projekt weiter unten unter Punkt II.
 8. Zu den Hintergründen vgl. den ausführlichen Bericht von E. Gössmann in der Tageszeitung "Die Rheinpfalz", Ausgabe Ludwigshafen, vom 26. Juni 1999.
 9. Erste vorsichtige Ansätze zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit dieser Thematik im Rahmen der offiziellen Geschichtsschreibung finden sich allerdings in einigen wenigen seit 1990 erschienenen regional- und lokalgeschichtlichen Veröffentlichungen. Vgl. hierzu: 125 Jahre BASF. Stationen ihrer Geschichte. Katalog zur Ausstellung im Rathaus-Center Ludwigshafen 28. April bis 29. Juni 1990, S. 48. – Lothar Meinzer: Von der Dauerkrise in die Staatskonjunktur. Die pfälzische Industrie in der Zwischenkriegszeit. In: Gerhard Nestler und Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 161-184, hier S. 175. – Günter Braun: Schichtwechsel. Arbeit und Gewerkschaft in der Chemie-Stadt Ludwigshafen. Hrsg. von der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Mannheim 1994, S. 107f.
 10. Zur Forschungskontroverse um die Rolle der IG Farben vgl. u.a. Otto Köhler: ...und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben und ihrer Väter, Hamburg und Zürich 1986. – Peter Hayes: Industrie und Ideologie: Die IG Farben in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 32 (1987), Heft 2, S. 124-136.
 11. Peter Hayes: Die IG Farben und die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen im Werk Auschwitz. In: Hermann Kaienburg (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, Opladen 1996, S. 129-148, hier S. 129. – Bernd C. Wagner: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945, München 2000, hier S. 287ff. – Raymond G. Stokes: Von der I.G. Farbenindustrie bis zur Neugründung der BASF (1925-1952). In: Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. Hrsg. v. Werner Abelshauser, München 2002, S. 221-358, hier S. 327ff.
 12. Den insgesamt inzwischen recht gut erforschten Komplex Auschwitz in das aktuelle Ludwigshafener Dokumentationsprojekt einzubeziehen, war trotz zu vermutender Rückwirkungen der dortigen Zustände auf die IG-Werke in Ludwigshafen nicht möglich, da seine Mitbehandlung den Rahmen des stadtgeschichtlichen Forschungsprojektes gesprengt hätte.
 13. STALU Nachlass Wagner, Trial-Brief der Verteidiger Friedrich Wilhelm Wagner und Dr. Wolfgang Heintzeler vom Frühsommer 1948, unverz., S. 61. Das Schlusspläoyer der Verteidigung wurde am 8. Juni 1948 gehalten.
 14. Ebd. S. 50.
 15. Hermann W. Morweiser: Pfälzer Juden und IG-Farben, Mannheim 1988, S. 186-189.
 16. Firmenhandbuch für den Gau Westmark und Nordbaden. Hrsg. unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer Westmark. 11. Aufl. 1941, S. 45-61.
 17. Vgl. hierzu die Erfahrungen der Autoren von Forschungsarbeiten zu anderen Städten: Frank-Uwe Betz: Zwangsarbeit in Schwetzingen. Lager für ausländische Arbeiter zur Zeit des NS-Regimes, Pfaffenweiler 1998, S. 2ff. – Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939-1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, Karlsruhe 1997 (Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte, Bd. 3), S. 2ff. – Lutz Becht: Ausländische Arbeitskräfte in Frankfurt am Main 1938-1945. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 65 (1999), S. 422-472, hier S. 424.
 18. Wilfried Reininghaus: Archiv- und Sammlungsgut zur Geschichte der Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Eine Annäherung an den Gesamtbestand der Quellen. In: Wilfried Reininghaus und Norbert Reimann: Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld und Gütersloh 2001, S. 38-49, hier. S. 39.
 19. Besonders STALU Lua 526 und Lua 530.
 20. STALU Krankenhausregister, Ausländerkrankenkarrei, unverzeichnet.
 21. STALU ZS L 40 ff.
 22. STALU Bestattungsanträge, unverzeichnet.
 23. STALU Nachlass Wagner, unverzeichnet.
 24. LASP Best. H 91.
 25. Verwahrt in LASP Best. J 88.
 26. Verwahrt in LASP Best. J 86.
 27. LASP Best. H 13.
 28. Best. H 31 ff.
 29. LASP Best. O 1 bis O 5.

30. LASP Best. O 4.
31. LASP Best. O 41 bis O 62.
32. LASP Best. R 16.
33. LASP Best. R 18.
34. LASP Best. N 13.
35. LASP Best. T 82.
36. Mit Ausnahme des ins Stadtarchiv Ludwigshafen gelangten Archivs der Chemiefirma Giulini, das aber zur Zwangsarbeit von Ausländern nur Vorgänge von marginalem Charakter bietet, stand an Firmenarchiven für die Untersuchung damit nur das BASF-Werksarchiv zur Verfügung.
37. BASF UA A 865/40 und A 865/41.
38. BASF UA C 13.
39. BASF UA C 62205.
40. Hauptüberlieferung in BASF UA A 865/1a-1n (14 Aktenordner).
41. BASF UA Personenarchiv W 1.
42. Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart 2001, S. 219ff.
43. So beginnt z.B. die Laufzeit der städtischen Ostarbeiterakte erst unmittelbar nach den Großangriffen vom September 1943. STALU Lua 526.
44. Aussage des ehemaligen Reichstreuhanders der Arbeit in Ludwigshafen vom Frühsommer 1945 (o.D.), STALU Lun 2063.
45. Vgl. hierzu die Anordnung der amerikanischen Besatzungstruppen in Ludwigshafen vom 14. Mai 1945 an die Firmen und Privatpersonen, Akten der DAF unverzüglich bei der Militärregierung abzugeben. STALU Lun 2844 II S. 97.
46. LASP Best. H 13 Nr. 731 Bl. 828ff.
47. Vgl. hierzu den Generalakt „Ordre Koenig 1792“ (1945-1947) in AOCOL AP-PDR Caisse No. 1304 Dossier No. 14. Der Befehl Koenigs vom 6. Dezember 1945 wurde veröffentlicht in den Amtlichen Mitteilungen des Oberregierungs-Präsidiums Hessen-Pfalz, Nummer 1 vom 5. Januar 1946, ferner (mit fehlerhaftem Text) in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ vom 12. Januar 1946.
48. STALU Lun 2844 II S. 101-104.
49. Tätigkeitsbericht der 2. Section des Services des Personnes Déplacées vom 5. Juli 1949, AOCOL AP-PDR Caisse 1304 Paquet Nr. 8.
50. Aktenzeichen No. 3922 P.D.R./R, Betreff: Wiedererlangung von Akten, Récupération d'Archives, LHKO 860/87 Bl. 145, vgl. auch LASP best. H 13 Nr. 2337 Bl. 2. Zu der vom Landeskommisariat Anfang 1951 in Auftrag gegebenen Suchaktion vgl. auch Walter Rummel: „Verschollene NS-Akten und Nachkriegsunterlagen zu Zwangsarbeitern in Rheinland-Pfalz.“ Sonderbeilage zu: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen Archiven (Nr. 46), April 2001.
51. Vgl. Eginhard Scharf: „Jede Veröffentlichung verboten!“ – Vertrauliches Zahlenmaterial von Wehrmacht, Polizei und Arbeitsverwaltung zum Fremdarbeitereinsatz in der Pfalz während der NS-Zeit. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 94 (1996), S. 461-480, hier S. 467ff.
52. Bericht der städtischen Gewerbepolizei vom 28. März 1940, STALU Lua 2111 S. 60f. Zu den Hintergründen dieses frühen Zivilarbeitereinsatzes in der Pfalz vgl. Scharf (wie Anm. 52), S. 468f.
53. STALU ZR II 2046.
54. Mitteilung des Arbeitsamts Ludwigshafen an den Oberbürgermeister vom 9. Juli 1940, STALU ZR II 2046 S. 3.
55. Mitteilung des städtischen Landwirtschaftsamts an Dienststelle 03 vom 16. November 1940, STALU ZR II 2046 S. 60.
56. Lagebericht der Rüstungsinspektion Wiesbaden vom 14. Mai 1941 S. 22, BA/MA FR RW 20-12/21.
- 57.
58. Meinzer (wie Anm. 9), S. 175.
59. Vgl. hier z.B. die Aufstellungen des Rüstungskommandos Ludwigshafen vom 31. März 1943 über die Produktionsaufgaben von 11 Ludwigshafener Firmen, BA/MA FR RW 21-40/3.
60. Niederschrift über die Besprechung vom 10. September 1941 mit Vertretern städtischer Dienststellen über das örtliche Wohnungsproblem, STALU Lua 764.
61. BASF UA A 865/83.
62. BASF UA A 865/40; Protokoll über die IG-Direktionssitzung in Ludwigshafen am 28. Juni 1940, BASF UA C 13; LASP Best. H 91 Nr. 6393.
63. Vgl. hierzu den Artikel über „Kameraden der Arbeit aus der Slowakei.“ Von Werk zu Werk. Monatsschrift der IG Farbenindustrieaktiengesellschaft, August 1940.
64. Protokoll über die Technische Direktionsbesprechung in Ludwigshafen am 7. August 1940, BASF UA C 13. – Die ersten 250 Italiener kamen am 9. August 1940 an. BASF UA A 865/40.
65. Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Wiesbaden für die Woche vom 26. August bis 1. September 1940 S. 38, BA/MA FR RW 20-12/4.
66. Undatierte Übersicht „Ausländische Belegschaft während des Kriegs“ in BASF UA A 865/40.
67. Mitteilung des städtischen Bauamts an den Oberbürgermeister vom 23. August 1940, STALU Lua 764.
68. Bericht des Statistischen Amtes vom 14. Juni 1941 an den Oberbürgermeister, STALU ZR 3010/6.
69. Stellungnahme Rechtsrat Dr. Schlich vom 11. November 1942, S. 26, STALU ZR 3531/5.
70. Protokoll über die nichtöffentliche Beratung vom 23. April 1942 unter Vorsitz des kommissarischen Oberbürgermeisters Schubert, STA LU R 11, F 4/5, Bl. 476,476v.
71. Ausländermeldeliste des Polizeipräsidiums Ludwigshafen, LASB Best. MdI Nr. 674. Die Ausländerzahl zeigt einmal mehr die Mängel des "Catalogue of Camps and Prisons" auf, der für Ludwigshafen die irreführende Zahl von nur 2.060 in

- Lagern untergebrachten ausländischen Zivilarbeitern angibt. Martin Weinmann (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), 2. Aufl. Frankfurt 1990, S. 180 u. S. 523.
72. Quellenbelege hierzu finden sich unter anderem in den Luftkriegsunterlagen und den Protokollsammlungen über die Direktionsbesprechungen bei der IG Farben Ludwigshafen. BASF UA A 865/1 und C 13.
73. Unter den Beschäftigungszweigen der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Westmark rangierten auf den ersten drei Plätzen der Bergbau, die Landwirtschaft und die Eisen- und Metallgewinnung. Zu den Einsatzzweigen der Kriegsgefangenen vgl. Der Arbeitseinsatz in der Westmark. Hrsg. v. Landesarbeitsamt (bzw. Gauarbeitsamt) Westmark. Jahrgänge 1941 Februar (Nr. 2) bis 1944 (März) (Nr. 1/2), hier insbesondere Heft März 1944 zum Stichtag 15. Februar 1944
74. Ausländermeldeliste des Polizeipräsidiums Ludwigshafen, LASB Best. MdI Nr. 674.
75. Genaue Zahlenangaben über die im Stadtteil jeweils beschäftigten Kriegsgefangenen liegen nicht vor. Die Größenordnung der Kriegsgefangenenbeschäftigung kann jedoch anhand der überlieferten Statistiken über den Gefangeneneinsatz im Arbeitsbezirk Ludwigshafen sowie in der chemischen Industrie der Westmark errechnet bzw. geschätzt werden. Vgl. Arbeitseinsatz in der Westmark (wie Anm. 74).
76. Die Zahl der deutschen Wohnbevölkerung betrug am 1. Juli 1944 nur noch 83.000 Personen. Aufstellung des Statistischen Amtes vom 4. Juli 1945, STALU Lun 2063.
77. Zahlenangaben nach: Arbeitseinsatz in der Westmark (wie Anm. 74), Heft Februar 1941 und Heft März 1944. Desgl. Arbeitsbuchstatistik in STALU Lun 2063.
78. Zahlenangaben nach: Statistischer Monatsbericht „Wort und Zahl“ Ludwigshafen. 1949 Nr. 6.
79. Aufstellung des Statistischen Amtes von Anfang Juli 1945, STALU Lun 2063.
80. Aufstellung der Stadtverwaltung vom 4. Juli 1945, STALU Lun 2063.
81. Zahlen ermittelt anhand der Arbeiterpersonalstatistik, BASF UA C 62205.
82. LASP Best. H 45 Nr. 4108.
83. STALU G 252/8.
84. Vgl. hier z.B. die Aufstellungen des Rüstungskommandos Ludwigshafen vom 31. März 1943 über die Produktionsaufgaben von 11 Ludwigshafener Firmen, BA/MA FR RW 21-40/3.
85. Erklärung des Betriebsführers aus dem Jahr 1946, Urteil Spruchkammer Heidelberg vom 9. April 1948. GLAKA Spruchkammerakte 465a/59/1/15262.
86. Genaue Beschäftigtenzahl bei der Fa. Halberg Anfang 1944 nach der Fehlstandsstatistik des Arbeitsamts Ludwigshafen: 2996. STALU Lun 2063.
87. Bericht des Gesundheitsamts Ludwigshafen vom 11. März 1944 an den Oberbürgermeister, STALU Lua 526 S. 231.
88. BASF UA C 62205.
89. BASF UA W1 Personenarchiv Fritz Müller, Erinnerungen eines alten Aniliners (1964), S. 194.
90. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Ludwigshafen zum 29. März 1943 S. 43, BA/MA FR RW 21-40/3.
91. Meinzer (wie Anm. 9), S. 172.
92. Protokoll über die IG-Direktionssitzung in Ludwigshafen am 9. Dezember 1942, BASF UA C 13.
93. Einige der bislang zur Ausländerbeschäftigung während des Krieges bei der IG Farben Ludwigshafen veröffentlichten Zahlenangaben erweisen sich damit als zu hoch oder zu niedrig gegriffen. Irreführend ist besonders der Abdruck des Nürnberger Anklagedokumentes NI-11412-A (Affidavit Kurt Hauptmann vom 17. November 1947) zum IG Farben-Prozess, das in der Spalte „Number of Workers“ statt der Zahl der Arbeiter (30.917) die viel höhere der Gesamtbelegschaft (38.330) anführt. Vgl. Trials of War Criminals before the Nürnberg Military Tribunals, 15 Bde, Washington 1949-1954. Case VI, Bd. 8,1, S. 312. Ergänzungsbedürftig sind dagegen die Angaben in: 125 Jahre BASF (wie Anm. 9), S. 48; desgl. Meinzer (wie Anm. 9), S. 175.
94. Mitteilung Wursters in der Direktionssitzung in Ludwigshafen am 15. Februar 1943, BASF UA C 13.
95. Prozentanteil der IG Farben bei den zivilen Arbeitskräften am Stadtergebnis: 1. Dez. 1941: 64,5 %; 1. Juni 1942: 57,2 %; 1. Dez. 1942: 51,2 %; 1. Juni 1943: 55,8 %; 1. Dez. 1943: 44,4 %; 1. Juni 1944: 47,8 %. Ermittelt anhand der Arbeiterpersonalstatistik der BASF und den Ausländer-Meldelisten des Polizeipräsidiums, BASF UA C 62205, LASB Best. MdI Nr. 673 und Nr. 674.
96. Die Zahlen wurden hauptsächlich anhand der monatlichen Veränderungsmeldungen in der Arbeiterpersonalstatistik ermittelt. Für die Leiharbeiter war der Durchlauf nicht ermittelbar. BASF UA C 62205. Herangezogen für die Berechnung wurden auch die Angaben in der eidesstattlichen Erklärung Otto Eckerts vom 9. Januar 1948, StAN Repositum 51 KV Fall 6 Wurster ZA 5 Dok W 220.
97. So überführte die IG im November 1944 anscheinend 551 Italienische Militärinternierte in ein ziviles Arbeitsverhältnis. Arbeiterpersonalstatistik, BASF UA C 62205. – Zum dahinterstehenden statistischen Problem Spoerer (wie Anm. 42), S. 220.
98. LASP Best. H 37 Nr. 2621.
99. Besprechungsprotokoll vom 6. Juli 1940, STALU ZR II 2046 S. 5f.
100. BA/MA FR RH 53 – 12/19.
101. BA/MA FR RW 6/450.
102. Hans-Henning Krämer/Inge Plettenberg: Feind schafft mit... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges, Ottweiler 1992, S. 31 u. 33.
103. LASP Best. O 4 Nr. 73.
104. LASP Best. O 4 Nr. 73 und Nr. 105.
105. LASP Best. O 4 Nr. 102.
106. Aufstellung in LASP Best. H 45 Nr. 4108.

107. Kriegstagebuch Rüstungskommando Mannheim, Aktenvermerk über die Sitzung beim Arbeitsamt Ludwigshafen am 13. Juli 1942, BA/MA FR RW 21-44/4.
108. Spoerer (wie Anm. 42), S. 127.
109. Kriegstagebuch Rüstungsinspektion Wiesbaden, Aktenvermerk über die DAF-Tagung bei KSB Frankenthal am 19. Februar 1943, BA/MA FR RW 20-12/14 Bl. 104.